Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen: (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW, 7 Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf.
Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 293. | Dienstag 22. Oktober 1907. | 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Einführung eines Spiritusmonopols ist beschlossene Sache. Eine Vorlage wird dem Reichstage noch in dieser Session zugehen. (S. Dtschs. R.)

* Die neue Flottenvorlage enthält bloß eine Herabsetzung der Altersgrenze. (S. Dtschs. R.)

* Der ehemalige hannöversche Staatsminister Freiherr v. Hodenberg ist im Alter von 81 Jahren gestorben. (S. Dtschs. R.)

* Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt hielt gestern eine Sitzung ab. (S. Dtschs. R.)

* Der Bund der Industriellen hielt gestern in Berlin seine Generalversammlung ab. (S. Artikel.)

* Im Zentraltheater sprach gestern abend Dr. Karl Peters über „Wirtschaftliche Kolonialpolitik". (S. Bericht 3. Seite.)

* Heute treten die französischen Kammern wieder zusammen. (S. Ausl.)

* Die Deutsch-baltische Partei schloß ein Wahlbündnis mit der lettischen Reformpartei. (S. Ausl.)

Sozialpolitik im Bunde der Industriellen.

Der Bund der Industriellen, der gestern in Berlin seine Generalversammlung abgehalten hat, beschäftigte sich nach Erledigung interner Angelegenheiten in öffentlicher Versammlung mit den sozialpolitischen Gesetzesvorlagen, insbesondere der Novelle zur Gewerbeordnung (Referent: Generalsekretär Dr. Wendlandt) und dem neuen Scheckgesetz (Referent: Prof. Dr. Baer). Das zweite Thema wird noch an anderer Stelle erörtert werden müssen. Hier soll nur das wesentlichste aus dem sozialpolitischen Referat und den Beschlüssen dazu besprochen werden.

Zunächst die Bestätigung einer alten Erfahrung: das sozialpolitisch treibende Moment industrieller Vereinigungen ist der Vorstand und in ihm ein wesentlicher Faktor: der Sekretär. Das ist naturgemäß, und anstatt den einzelnen Industriellen ihre sozialpolitische Vorsicht zu verübeln, sollte man sich freuen, daß sie sich mit dem sozialpolitischen Eifer der Geschäftsführer schließlich doch abfinden. Durch die Zusammenwirkung dieser beiden Tendenzen kommen dann Beschlüsse zu Tage, die im einzelnen vielleicht nicht immer befriedigen, auch uns nicht, die aber doch im wesentlichen gesund sind und auch ein sozialpolitisches Vorwärtsschreiten erkennen lassen. Dabei ist immer zu bedenken, daß die Organisationen der Industriellen auch wieder mit den sozialpolitischen Stürmern rechnen, wohl auch rechnen müssen, und daher ihren Beschlüssen ein gewisses retardierendes Moment zu geben sich für verpflichtet halten.

Von diesen Gesichtspunkten aus gesehen, erscheinen die sozialpolitischen Beschlüsse des Bundes der Industriellen nicht ungünstig. Die erste Forderung, Sozialpolitik nicht aus wahltaktischen Erwägungen zu treiben, ist durchaus vernünftig. Sozialpolitik ist um ihrer selbst willen zu treiben. Und es ist nicht zu verlangen, daß die Industrie die Kosten des Stimmenfanges tragen soll. Wenn aber weiter verlangt wird, der Schwerpunkt der sozialpolitischen Gesetzgebung sei gegenwärtig auf die Hebung des Mittelstandes, der Handwerker und der kleineren Industriellen zu legen, so finden wir das nicht glücklich. Ueber der Hebung des Mittelstandes darf die Arbeiterfürsorge nie vernachlässigt werden. Rangstreitigkeiten sollte es in diesem Zweige überhaupt nicht geben. Die Sozialpolitik ist ein großes Gebiet, das nicht geteilt werden kann. Erfreulich ist natürlich der Beschluß, der die staatliche Versicherung der Privatangestellten billigt und in ihr ein zweckmäßiges Mittel der Fürsorge erblickt. Auch den Tarifverträgen von Koalition zu Koalition steht der Bund grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber, wenn er Annahme oder Ablehnung auch von Fall zu Fall entscheiden will. Es ist ferner von Bedeutung, daß der Bund sich schließlich dazu verstanden hat, das Anwachsen der nationalen Arbeiterorganisationen zu „begrüßen", obwohl das am Ende manchem, der vielleicht eben erst eine harte Fehde mit einer christlichen Gewerkschaft hinter sich hat, nicht leicht angekommen ist.

Diesen Beschlüssen stehen freilich auch bedenkliche gegenüber. Der Bund lehnt zum Beispiel die Herabsetzung der Arbeitszeit für weibliche Arbeiter von 11 auf 10 Stunden ab, will nichts von Arbeitskammern wissen, hält sogar die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, also die Teilung des Reichsamts des Innern, „nicht für erforderlich". Aus welchen Gründen das Reichsarbeitsamt dem Bunde nicht genehm ist, können wir nur ahnen. Vielleicht fürchtet man von dem Staatssekretär eines sozialen Reichsamtes, er werde zu viel diligentiam prästieren wollen.

Große Beachtung verdienen jedoch wieder die Forderungen des Bundes auf berufspolizeilichem Gebiet: Reform der Gewerbeinspektion und ferner der Wunsch nach Vereinheitlichung, Vereinfachung und Verbilligung der Arbeiterversicherungsinstitutionen.

Alles in allem: Es wäre verfehlt, von einer Industriellenorganisation zu verlangen, in sozialpolitischer Beziehung nicht überaus vorsichtig zu sein und Experimentalpolitik zu treiben. Das unbedingt Notwendige aber muß sie erkennen, und hat auch der Bund der Industriellen erkannt. In manchen Einzelheiten wäre freilich noch größere Entschlußfreudigkeit zu wünschen. Vielleicht bringen die Zeit und die — Geschäftsleitung das noch zuwege.

Kanada in weltpolitischer Beziehung.

Mit Riesenschritten erobert sich Kanada einen Platz im Vordergrunde der Weltpolitik. Der „Kanadier, der Europens übertünchte Höflichkeit nicht kannte", ist nicht mehr. „Hummer, Lachs und frischer Bärenschinken" sind nicht mehr die typischen Erzeugnisse des Landes, sondern Weizen, Gerste, Holz, Vieh, Fleischkonserven, Eisen- und Kupfererze. Die Wildnisse im fernen Westen, die noch vor zwanzig Jahren dem Büffel und dem Grizlybären gehörten, sind jetzt von Eisenbahnen durchzogen. In verblüffender Menge strömen Einwanderer herein, nicht aber vorwiegend Engländer und Iren, sondern Yankees, die es kennen, wie man die weite Prärie unter den Pflug bringt, die es erlebt haben, was aus weiten Flächen fruchtbaren Landes werden kann, die heute noch für ein paar Dollars zu haben sind.

Das Klima Kanadas wird fast immer nach den Ostprovinzen beurteilt, wo allerdings eine grausliche Winterkälte herrscht. Quebec liegt auf dem 47. Breitengrad, mit Lyon gleich, aber es hat eine Winterisotherme von —12 Grad wie die Südspitze von Spitzbergen. Seine Sommerisotherme ist dagegen + 20 Grad, wie Lissabon. Ganz ungleich milder ist der Westen, dessen Südprovinzen dasselbe Klima haben wie Norddeutschland. Die Südgrenze des kanadischen Westens wird durch den 49. Breitengrad gebildet, denselben, auf dem Karlsruhe liegt. Dabei ist jedoch der Sommer wärmer (wenn auch der Winter kälter ist), was das Reifen des Sommergetreides sehr begünstigt. Die Eisenbahnen bringen den Weizen und die Gerste des Westens nach Dubith am Oberen See, und von dort geht es mit Dampfern nach Buffalo, oberhalb des Niagarafalles. Hier geht der Eriekanal nach New York ab, der eine erstaunlich billige Binnenschiffahrtsfracht darbietet. Die Erze aus den reichen Eisen- und Kupferlagern nordwärts des Oberen Sees nehmen denselben Weg. Es ist hier ein blühender Handel in Gang gekommen. Präsident Roosevelt bemerkte in seiner Rede zu St. Louis, daß der Schiffsverkehr auf dem Lookanal (zwischen dem Oberen und dem Huronsee), dem des Suezkanals gleichkomme.

Die Dominion of Canada (zu der Neufundland mit Labrador nicht, wohl aber alles übrige britische Nordamerika gehört) hatte nach der Zählung von 1901 5 753 000 Einwohner, d. h. reichlich so viel wie das ganze britische Australien. Seine Bevölkerung war aber in viel schnellerem Anwachsen. Sie mag heute nicht mehr weit von 7 Millionen sein. Gegen Indien mit seinen 300 Millionen verschlägt das nicht viel. Aber die indische Bevölkerung ist fremden Stammes. Dort wohnen noch nicht 300 000 Europäer. Kanada hingegen ist, abgesehen von den verhältnismäßig wenigen Indianern, nur von Europäern bewohnt. Es war ursprünglich eine französische Kolonie, und noch immer nimmt das französische Element dort eine hervorragende Stellung ein. Es ist dort viel fruchtbarer als in der Heimat. Man zählte 1901 1 650 000 Franzosen, 3 066 000 Briten, 310 000 Deutsche, 145 000 andere Europäer und 200 000 Indianer, Neger, Japaner, Chinesen und Eskimos. Kanada kann ein Neu-England werden. Die mit gutem Klima und gutem Boden gesegneten Westprovinzen allein (also ohne den hohen Norden) sind mehrmals so groß wie das europäische Mutterland.

Kanada ist sehr selbstbewußt. Sein Premierminister Sir Wilfrid Laurier trat auf der Reichs-Konferenz im letzten Frühjahr der britischen Regierung wie ein Gleicher gegenüber. Die jetzige Regierung in London will von einem engeren Zusammenschluß der Kolonien mit dem Mutterlande nichts wissen. Kanada ist dagegen der Hauptvertreter dieses Gedankens. Es hat der englischen Einfuhr einen Vorzugszoll bewilligt, obgleich es keine Gegenliebe finden konnte. Laurier schied grollend aus London, und ein Teil der öffentlichen Meinung Englands fand es durchaus in der Ordnung, daß er seine Mißstimmung drastisch kundgab. Kanada ist so selbstherrlich, daß es kürzlich mit Frankreich einen Handelsvertrag geschlossen hat, ohne das Mutterland zu fragen.

In früheren Zeiten hat es in Kanada eine starke Partei gegeben, die den Anschluß an die Vereinigten Staaten wollte. Sie hatte einst im kanadischen Parlament die Mehrheit. Jetzt ist ein lebhafter britischer Patriotismus aufgekommen. Man will die Yankees mit ihren Trusts nicht; man will die kanadische Industrie nicht durch die nordamerikanische ruinieren lassen. Auch scheinen die Kanadier großes Gewicht darauf zu legen, daß sie einem noch weit größeren staatlichen Gebilde angehören, als es die Vereinigten Staaten sind. Als englische Staatsbürger finden die Kanadier Bürgerrecht im Mutterlande, in Südafrika, in Indien, in Australien, in allen englischen Besitzungen. Es ist gewiß begreiflich, daß England großen Wert darauf legt, sich die Stimmung dieser Kolonie, der wichtigsten nächst Indien, zu erhalten.

Aber Kanada ist in einer ganz eigenen Lage. Es teilt die Abneigung der Bürger der Vereinigten Staaten gegen alle farbigen Völker. Ganz besonders empfinden die westlichen Gegenden Kanadas ebenso gegen die japanische und hindostanische Einwanderung wie Kalifornien und Oregon. Wenn es gilt, japanische Arroganzen abzuwehren, wird Kanada auf Kaliforniens Seite stehen. Die an sich unbedeutenden Gewalttaten in Vancouver geben davon einen ausreichenden Vorgeschmack. Auch Australien teilt den Haß gegen Japan; es ist sogar in seiner Abneigung gegen farbige Völker noch weiter gegangen als Kalifornien: es erlaubt nicht einmal einem einzigen Farbigen, überhaupt nur zu landen, selbst wenn er britischer Untertan ist (z. B. Indier), also auch keinem Japaner. Dazu empfindet es noch eine starke Besorgnis, daß die japanische Flotte einst in Sydney und Melbourne einen Besuch abstatten könnte, ehe England ihn zu hindern vermöchte.

Nun ist aber England mit Japan im Bündnis. Die Vereinigten Staaten dagegen ziehen einen Konflikt mit Japan in den Bereich ihrer praktischen Politik. Die Rede des Präsidenten Roosevelt in St. Louis über die Möglichkeit, die Flotte durch den Panamakanal von einem Meer ins andere zu senden, über die Notwendigkeit, mittels einer starken Flotte die Monroe-Doktrin aufrecht zu erhalten, ist das ausgesprochenste Mißtrauensvotum an Japans Adresse, das man sich denken kann.

Was wird England tun, wenn die Vereinigten Staaten in einen Krieg mit Japan kommen? Es ist verpflichtet, den Japanern Bundeshilfe zu leisten. Die japanische Flotte beherrscht den Stillen Ozean; um ihre Westküsten zu decken, senden die Vereinigten Staaten ihre Flotte nach Kalifornien. Damit entblößen sie ihre Ostküste. Wenn England, um den Japanern beizustehen, New York, Boston, Baltimore angreifen will, so ist die amerikanische Flotte, selbst wenn sie im Atlantischen Ozean anwesend ist, kaum imstande, einen nennenswerten Schutz zu gewähren. Vollends ist die Ostküste wehrlos, wenn die Flotte im Pazifik weilt.

Aber dann haben die Vereinigten Staaten ein Angriffsobjekt, an dem sie sich schadlos halten können: Kanada. Dieses in einer langen Landgrenze mit den Vereinigten Staaten verbundene Land kann England gar nicht verteidigen. Wenn eine amerikanische Armee hereinbricht, ist Kanada wehrlos. Jeder Angriff auf New York kostet England Kanada. Deshalb — wie auch aus anderen Gründen — wird England alles aufbieten, um einen Konflikt zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zu verhindern. Englands Mittel dazu sind nicht gering. Außer dem diplomatischen Druck hat es noch den andern zur Verfügung, daß es Japan den Londoner Geldmarkt verschließt. Ohne Geld kann auch Japan keinen Krieg führen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 22. Oktober.

* **Der Kaiser** empfing gestern den neuernannten chinesischen Gesandten Sunpaoli, ferner den türkischen Botschafter, welcher Geschenke des Sultans überreichte, und schließlich zum Vortrag über die Zionskirche in Jerusalem den Prior Kniel, Geh. Rat Dr. Klein und Domvikar Hütten.

* **Flottenvorlage.** Die nunmehr mit Bestimmtheit zu erwartende neue Flottenvorlage wird im wesentlichen nur die Herabsetzung der Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre enthalten. Ferner dürften im neuen Marineetat größere Forderungen für die Anschaffung von Unterseebooten erscheinen.

* **Aus dem preußischen Kultusministerium.** Nach einer Mitteilung der „Magdeb. Ztg." soll der Gedanke einer Teilung des Kultusministeriums vorläufig aufgegeben sein. Die hochkonservativen Praktiker des Ministeriums seien der Ansicht, das sich eine Trennung der kirchlichen und der Volksschulangelegenheiten nicht empfehle, Kirchen- und Volksschulpolitik vielmehr einer einheitlichen Leitung bedürften. Dagegen habe die Erfahrung gelehrt, daß eine einheitliche Leitung des höheren und des niederen Schulwesens nicht erforderlich sei, denn die Vertreter dieser beiden, verschiedenen Abteilungen des Kultusministeriums überwiesenen Verwaltungszweige hätten kaum jemals Veranlassung zu amtlichem Zusammenwirken. Außerdem meine man, daß eine Ueberweisung der geistlichen Angelegenheiten etwa an das Ministerium des Innern der Staatsaufsicht über die Kirche einen überwiegend polizeilichen Charakter geben würde. — Ob diese Meldung richtig ist, bleibt abzuwarten. Auf die Dauer wird sich die Errichtung eines besonderen Unterrichtsministeriums, das natürlich das gesamte Unterrichtswesen zu umfassen hätte, doch nicht abweisen lassen.

* **Spiritus-Monopol.** Das „Berl. Tagebl." erfährt angeblich aus bester Quelle, daß die Reichsregierung sich dahin entschieden hat, schon in der kommenden Session eine Branntweinmonopolvorlage dem Reichstage zu unterbreiten. Die Verhandlungen mit dem Spiritussyndikat sind so gut wie abgeschlossen. Die Hauptpunkte sind kurz folgende: Die Reichsregierung verstaatlicht das Spiritussyndikat in seiner jetzigen Form und Gestalt. Die großen Spritfabriken werden vom Reich aufgekauft; die kleineren werden entsprechend abgefunden. Die Reichsregierung bietet den Spirituserzeugern die Gewähr, für den zu liefernden Rohspiritus derartig hohe Preise zu zahlen, daß sie den unter den jetzigen Verhältnissen erzielten Preisen zum mindesten gleichkommen, wenn nicht gar darüber hinausgehen. Die Branntweinpreise werden entsprechend erhöht; die Mehrkosten sind also vom Konsumenten zu tragen. Der Reinertrag des Branntweinmonopols wird für die nächsten Jahre auf zirka 70 Millionen bemessen. Später soll die Einnahme aus dem Monopol gesteigert werden. Das sind die Grundzüge des geplanten Branntweinmonopols; die Einzelheiten der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Interessentenvereinigung entziehen sich vorläufig noch der Oeffentlichkeit. Doch sei erwähnt, daß die preußische Regierung an diesen Verhandlungen zum Teil ausschlaggebend mitgewirkt hat.

* **Das preußische Berggesetz und die Regierung.** Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, wurde gestern der frühere Steiger Georg Werner, Vorsitzender des Steigerverbandes im Ruhrbezirk, vom Handelsminister empfangen und trug ihm die Wünsche des Verbandes vor. Der Minister erwiderte, daß bereits seit längerer Zeit die Absicht bestehe, bei der demnächstigen Aenderung des allgemeinen Berggesetzes auch die §§ 74 bis 76 zu ändern und dabei die berggesetzlichen Bestimmungen über das Dienstverhältnis der Grubenbeamten den entsprechenden Bestimmungen der Gewerbeordnung anzupassen. Im übrigen wäre er nicht in der Lage, in das Vertragsverhältnis zwischen den Bergwerksbesitzern und den Grubenbeamten einzugreifen. In ernstester Weise wies der Minister darauf hin, daß die gegenwärtige gespannte Situation zu einem erheblichen Teile durch die schroffe Art hervorgerufen sei, welche der Steigerverband bei seinem Vorgehen eingeschlagen habe. Er könne den Steigern nur dringend ans Herz legen, der schwierigen Lage der Zechenbesitzer Rechnung zu tragen und in der Form alles zu vermeiden, was zur Verschärfung der Gegensätze beitragen könne. Was die Frage der Unfallziffern auf den Zechen und ihre Ursachen betreffe, so sei diese Gegenstand dauernder Aufmerksamkeit der Bergbehörden und es sollten die bezüglichen Behauptungen des Herrn Werners auf ihre Richtigkeit geprüft werden. Beschwerden in Einzelfällen seien, so weit sie die Sicherheit der Gruben betreffen, von den Beteiligten bei den Revierbeamten vorzubringen, die allgemein angewiesen sind, alle nach dieser Richtung zu ihrer Kenntnis gelangten Klagen über Mißverhältnisse zu untersuchen und das zu ihrer Abstellung Erforderliche zu veranlassen. Die Anstellung der von den einzelnen Gruben entlassenen Steiger auf Staatswerken könnte der Minister nicht in Aussicht stellen.

* **Zentralstelle für Volkswohlfahrt.** Die erste Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt wurde gestern von Ministerialdirektor Thiel in Anwesenheit von Vertretern des Staatsministeriums und des Reichsmarineamtes eröffnet.

* **Das Scherbengericht über die Hofgänger.** Am Sonntag wurde von der sozialdemokratischen Parteikonferenz Badens über die Angelegenheit Kolb — Dr. Frank verhandelt. Mit allen gegen eine Stimme wurde eine Resolution gefaßt, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Partei sich zukünftig von allen Veranstaltungen rein monarchischen Charakters fernhalten. Die Konferenz bekundet aber ausdrücklich, daß die Abgeordneten Dr. Frank und Kolb nach wie vor das Vertrauen der Parteigenossen des Landes genießen. — Man hat also die Missetäter freigesprochen, die dem Zug des Herzens und den Gesetzen des Anstandes lieber folgten als demokratischen Dogmen, und hat dann eine der unvermeidlichen Resolutionen gefaßt, die das Papier geduldiger als die Wirklichkeit erträgt. Immerhin — die Sozialdemokratie beweist damit, daß sie goldene Mittelwege, die sie bei anderen Parteien als Charakterlosigkeit schilt — zu finden weiß.

* **Frhr. v. Hodenberg †.** Der frühere hannoversche Staatsminister Freiherr v. Hodenberg ist auf dem Stammgut der Familie, Hudemühlen, im Alter von 81 Jahren gestorben. Der Verstorbene kandidierte bei der

SLUB
Wir führen Wissen.